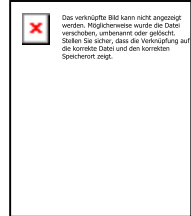


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses
am 10.02.2020 im Großer Beratungsraum (B2-1-02), Am Nuthefließ 2 in Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Helmut Barthel

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rolf Freiherr von Lützwow
Frau Claire-Luise Heydick
Herr Michael Pfahler
Frau Anke Scholz
Frau Judith Kruppa
Herr Matthias Stefke

Sachkundige Einwohner

Herr Hans-Jürgen Akuloff
Frau Kathleen Gillner-Maaßen
Herr Björn Taube
Herr Michael Wolny

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Jochen Jurisch
Frau Gertraud Rocher

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 2. Dezember und 9. Dezember 2019
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Information zum Stand der Einführung der elektronischen Rechnung Informationsvorlagen
- 7 Informationen zur Umsetzung des Bundesprogramms Breitband im Landkreis Teltow-Fläming 6-4089/20-IV

Nicht öffentlicher Teil

- Beschlussvorlagen
- 8 Vergabeschluss Bundesprogramm Breitband 6-4090/20-IV/1

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Barthel begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 2. Dezember und 9. Dezember 2019

Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 2. Dezember 2019 und 9. Dezember 2019 liegen nicht vor.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Fragen gibt es nicht.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Kruppa erkundigt sich nach einem in der Gemeinde Am Mellensee vorliegenden Antrag „Übernahme des Bodengeologischen Lehrpfades in der Gemeinde Am Mellensee“. Dieser soll vom Landkreis nicht mehr unterhalten werden.

Herr Ferdinand informiert, dass touristische Highlights grundsätzlich in der Verantwortung der Kommunen sind. Der Landkreis hat vor langer Zeit auch andere touristische Projekte angeschoben (z. B. Fläming-Skate). Der Boden-Geo-Pfad wurde vom Landkreis Teltow-Fläming mit Zuwendungen über die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) vor 13 Jahren hergerichtet. 12 bis 13 Jahre war der Landkreis durch die Regularien der Drittmittelvergabe gebunden. Jetzt ist die Bindefrist aus diesem alten Antrag ausgelaufen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, über welche Mittel der Boden-Geo-Pfad zukünftig gepflegt werden könnte. Derzeitig ist das jedoch grundsätzlich noch offen.

Frau Kruppa fragt nach der jährlichen Belastung für den Boden-Geo-Pfad.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt schriftlich.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

Auf Nachfrage von Herrn Wollny informiert Frau Wehlan, dass über die Besetzung von Stellen im nächsten Ausschuss Regionalentwicklung und Bauplanung informiert wird.

Es wird der Hinweis gegeben, Wortmeldungen in den entsprechenden Tagesordnungspunkten einzubringen.

TOP 6

Information zum Stand der Einführung der elektronischen Rechnung

Herr Ferdinand gibt Informationen und Erklärungen zum aktuellen Stand der Einführung der elektronischen Rechnung. Er teilt mit, dass die Erkenntnisse noch brandneu sind und die Kreisverwaltung noch nicht auf allen Ebenen über diesen Stand verfügt.

Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Barthel sagt es ist notwendig darzustellen, welche komplexen Prozesse hier in der Verwaltung ausgeführt werden müssen.

Herr Wollny fragt nach Ausgangsrechnungen, die durch die Verwaltung angeregt werden müssten und wie es damit aussieht. Wird dann aufwandsmindert gebucht oder gibt es die Bemühungen, die Ausgangsrechnungen ebenfalls in elektronischer Fassung zu erstellen.

Herr Ferdinand erklärt, dass Ausgangsrechnungen noch gar kein Thema darstellen und somit derzeit nicht von unmittelbarem Umsetzungsinteresse sind. Es wird spätestens dann interessant, wenn wir ab dem Jahr 2021 an den Bund eine Rechnung schreiben. Momentan gibt es keinerlei Verpflichtungen tatsächlich schon elektronisch in Rechnung zu stellen.

Herr Stefke erkundigt sich nach der Vereinfachung der Aufwandsminimierung, z. B. Personal anderweitig in der Verwaltung einzusetzen. Weiterhin fragt Herr Stefke nach der Sicherheit (Missbrauchsvermeidung). Kann über diese Verfahrensweise zu 100 % ausgeschlossen werden, dass Missbrauch betrieben wird oder das Risiko deutlich minimiert werden kann? Ist der Landkreis vorsteuerabzugsberechtigt?

Herr Ferdinand antwortet, dass er nicht sicher ist ob uns die Produktivitätssteigerung in die Lage versetzt Arbeitszeiten anders zu nutzen. Der Kämmerer kann viel zeitnaher und präziser die Ist-Zahlen benennen. Das hat die höchste Priorität.

Zum Thema „Missbrauch“ gibt es überhaupt noch keine Erkenntnisse. Durch Anschluss an das Portal des Bundes (Bundeslösung) wird hoffentlich ein gutes Sicherheitsniveau erreicht. Dazu muss man wissen, dass auf dem Papierweg potentiell ein viel höheres Missbrauchsrisiko besteht.

Herr Ferdinand beantwortet die Frage nach der Umsatzsteuerpflicht mit ja – zumindest grundsätzlich. Wenn auch Vorsteuer „gezogen“ werden kann, sollte sich die Umsatzsteuerthematik aus der Umgestaltung des § 2b im UStG ggf. positiv für den Landkreis auswirken.

TOP Informationsvorlagen

TOP 7 Informationen zur Umsetzung des Bundesprogramms Breitband im Landkreis Teltow-Fläming (6-4089/20-IV)

Frau Wehlan weist darauf hin, dass die Vorlage „Umsetzung des Bundesprogramms Breitband im Landkreis Teltow-Fläming“ wie im Bürgerinformationssystem erkennbar und auch in den beigegefügteten Unterlagen eine Beschlussvorlage und keine Informationsvorlage ist. Diese steht mit der Vorlage im nicht öffentlichen Teil in engen Zusammenhang.

Die Umsetzung des Bundesprogramms ist von höchster Priorität für die Entwicklung des Landkreises Teltow-Fläming bezogen auf den weiteren Ausbau der Infrastruktur. Die Umsetzung hat Auswirkungen auf alle Familienhaushalte, auf Unternehmen/Unternehmer, Verwaltungen und insbesondere für den strukturschwachen ländlichen Raum.

Die Vorlagen sind sehr umfassend und machen noch einmal konkret deutlich, welche verschiedenen Schritte seit dem Jahr 2016 gegangen werden mussten.

Herr Trebschuh erläutert ausführlich den Sachverhalt der Vorlage „Umsetzung des Bundesprogramms Breitband im Landkreis Teltow-Fläming“.

Herr Stefke fragt, warum wir auf die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit Zossen angewiesen sind da sich die Kommunen nicht finanziell beteiligen. Gab es irgendeine Rückmeldung aus Zossen, warum sie keine Beteiligung anstreben. Warum geht es ohne Zossen nicht?

Frau Wehlan erläutert, dass der Prozess, den wir seit 2016 in Bewegung haben, durch mehrere Entscheidungen von außerhalb immer wieder eine neue Ausrichtung erfahren hat. Das Thema „Kooperationsvereinbarung“ stand 2016 noch nicht. Zu diesem Zeitpunkt wurde davon ausgegangen, dass mit den alten Kooperationsvereinbarungen gearbeitet werden kann.

Herr Freiherr von Lützwow fragt, ob die Kooperationsvereinbarung als Kreistagsmitglied eingesehen werden kann? Dies wird durch Frau Wehlan zugesagt.

Frau Wehlan erläutert, dass die Vergabefrist für das Bundesprogramm am 31. März 2020 endet.

Herr Trebschuh erklärt, dass in der Kooperationsvereinbarung dargelegt ist, dass der Landkreis Teltow-Fläming als Koordinator die Aufgaben der Stadt Zossen übernimmt. Der Abschluss dieser Kooperationsvereinbarung wird durch die Richtlinie des Bundes vorgeschrieben. Wir übernehmen die Aufgabe, weil wir auch den Zuwendungsbescheid für die Stadt Zossen bekommen haben.

Auf Nachfrage von Frau Scholz erläutert Frau Wehlan, dass am 26.03.2020 die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen stattfindet. Gespräche mit der Bürgermeisterin der Stadt Zossen werden geführt. Das Bundesprogramm wird in allen Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beraten. Der Landkreis wird bei der Stadtverordnetenversammlung vertreten sein.

Die Vorlage 6-4089/20-IV wird dem Kreistag einstimmig zur Annahme empfohlen.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, 5. März 2020

Helmut Barthel
Vorsitzender